



Ist Europa noch auf Kurs? In der Wendezeit vor 1989/90 ging es um den Kampf für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Und heute, wie halten wir es 30 Jahre später damit? Darum geht es Anfang Dezember in der Diskussionsreihe „Democracy is Europe“, für die diese Grafik entstanden ist. Mehr zum Thema: <https://www.europa-union.de>.

Grafik: Sybille Bauhaus

Wendezeit

Das Jahr 2020 stellt eine Zäsur dar: Pandemie, Brexit, der Ausgang der US-Wahlen – dies alles hat nachhaltige Auswirkungen auf die Wirtschaft, Politik, unsere Gesellschaft, jeden Einzelnen von uns – in Deutschland, in Europa, weltweit.

30 Jahre zuvor standen wir auch vor einer Zäsur: Die friedliche Revolution in den Jahren 1989/90 in der Mitte und im Osten Europas hat unseren Kontinent und die Welt verändert. Nach Jahrzehnten des Kalten Krieges waren Freiheit und Demokratie plötzlich auch jenseits des Eisernen Vorhangs greifbar. Mutige Menschen gingen in jener Wendezeit in großer Zahl dafür auf die Straße, riskierten ihr Leben, und in Ländern wie Rumänien starben sie zu Hunderten in den Straßenschlachten.

Auch heute gibt es wieder Massendemonstrationen, wenn auch in ganz anderem Kontext. Während es damals ein allgemeines Streben nach Durchsetzung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gab, sehen wir heute die Infragestellung und Gefährdung unserer Werte als unsere Herausforderung.

Während uns heute eher Ungewissheiten und Zukunftsängste plagen, herrschte vor 30 Jahren Aufbruchstimmung. Das galt auch für unseren Verband: Die Europa-Union Deutschland ist damals zu neuen „Ufern“ aufgebrochen, wollte quasi die Integration der neuen Bundesländer

auch innerverbandlich abbilden: Mitglieder wurden geworben, Landesverbände gegründet, 1990 in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Brandenburg und Thüringen, 1991 folgte Sachsen-Anhalt. Erste Kreisverbände entstanden. Europa-Union-Kreis- und Landesverbände aus der „alten“ Republik übernahmen Patenschaften, halfen beim Aufbau der Vereinsstrukturen, klärten auf über die Ziele der Europäischen Föderalisten und informierten über die europäische Integrationspolitik. Das galt im Übrigen auch für die UEF, unseren europäischen Dachverband, der Bildungs- und Aufbauarbeit in der Wendezeit und den Jahren danach in den Ländern Mittelosteuropas leistete.

Seit 1990 hat die Europa-Union in Gesamtdeutschland den europäischen Einigungsprozess kritisch und konstruktiv begleitet. Hier wie dort gab es Licht und Schatten, Fortschritte und Rückschläge. Die enormen Herausforderungen der Gegenwart haben uns fast vergessen gemacht, dass auch wir als Verband in diesem Jahr dieses 30-jährige Jubiläum begehen – und welche Herausforderungen wir damals gemeistert haben.

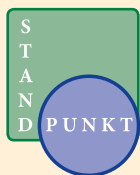
Wenn wir heute Demokratie und Rechtsstaatlichkeit selbst in einigen EU-Mitgliedsstaaten bedroht sehen, wenn populistische und rechtsextreme Kräfte verstärkt Zulauf erhalten, wenn die Wiedererrichtung von Grenzen und Mauern wieder en vogue ist und zur politischen Realität wird, dann sollte uns dieses Jubiläum unserer Selbst

erinnern und uns Ansporn sein: Für unsere Verbandsmitglieder aus der ehemaligen DDR, von denen einige bis heute aktiv sind, stand damals die Europäische Idee sinnbildlich für die Überwindung von Mauern – auch in den Köpfen. Sie war Sinnbild für Freiheit, Frieden, Demokratie und nicht zuletzt Wohlstand.

Die Einsicht, dass deutsche Einheit und europäische Einigung zwei Seiten einer Medaille sind, hat uns in dieser – unserer! – Europa-Union zusammengeführt. Das Ziel eines vereinten Europas auf föderativer, demokratischer und rechtsstaatlicher Grundlage besaß Anziehungskraft. Und: Dafür in einer überparteilichen Organisation zu streiten bot neue, bislang unbekannte Möglichkeiten politischen und gesellschaftlichen Engagements – unabhängig von Parteibindung, Alter und Beruf.

Der Elan von damals kann uns auch heute inspirieren. Auch heute bedeutet unser Einsatz für das vereinte Europa, für den Europäischen Bundesstaat zuallererst: unsere gemeinsamen Werte offensiv zu vertreten und für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung mit aller Kraft und Überzeugung einzustehen. ♦





Kultur versus Zivilisation?

Bürgerschaftliches Engagement in Europa

Wir haben im heutigen Europa kein einheitliches, unbestrittenes Verständnis mehr davon, was bürgerschaftliches Engagement auszeichnet. Wir teilen in diesem Europa nicht mehr überall dieselben Werte beziehungsweise haben teils divergierende, wenn nicht diametral entgegengesetzte Auslegungen derselben. Das ist mitunter darauf zurückzuführen, dass Kultur mancherorts wieder als der Zivilisation überlegen gedeutet und weltanschaulich überhöht wird.

Zivilisation, das sind insbesondere Institutionen, die einen Ordnungsrahmen setzen, innerhalb dessen sich das Individuum frei entfalten und Vielfalt gelebt werden kann.

Kultur, wie sie heute in einigen EU-Staaten gelebt wird, ist demgegenüber sehr viel mehr auf kollektive Identität ausgerichtet und setzt Homogenität voraus, weswegen eine sich durch Vielfalt auszeichnende Gesellschaft ja auch als multikulturell bezeichnet wird und wohl ganz sicher Zivilisation zur Voraussetzung hat.

Im Ersten Weltkrieg waren die Begriffe Kultur und Zivilisation Gegenstand eines ideellen Gegensatzes. Die deutsche Kultur galt hierzulande als tief und die Zivilisation der Westmächte als oberflächlich; umgekehrt erschien die deutsche Kultur den Kriegsgegnern im Westen als atavistisch, „Civilization“ war Ihnen synonym für Parlamentarismus und Rechtsstaatlichkeit. Nach 1945 haben wir uns in Westdeutschland stark an das westliche Zivilisationsverständnis angelehnt, es uns vielleicht auch weitgehend zu eigen gemacht.

Fundamente werden brüchig

Tragende Säulen der westlichen Demokratie sind jedoch in der jüngeren Vergangenheit brüchig geworden, und das wirkt sich auch auf die Zivilgesellschaft, ihre aktuellen Ausprägungen sowie auf bürgerschaftliches Engagement aus. Antiparlamentarismus bricht verstärkt hervor und ist auch prägendes Wesensmerkmal manchen

Engagements und dies keineswegs nur auf Seiten der extremen Rechten.

Das alte Spannungsfeld, das sich heute mehr denn je zwischen Kultur und Zivilisation auftut, ist für den europäischen Zusammenhalt und die Entwicklung der nach wie vor stark national fragmentierten europäischen Gesellschaft ein grundlegendes Problem.

Bedeutet Zivilisation freiheitsliebenden Kosmopolitismus und Kultur chauvinistischen Nationalismus? Das wäre sicherlich zu holzschnittartig gedacht. Im heutigen Europa gewinnt die Kultur, die vor allem in Mittelost- und Osteuropa lange zugunsten einer Utopie unterdrückt oder zu deren Unterstützung instrumentalisiert wurde, allerdings wieder größere Bedeutung, was zumindest zu Missverständnissen und hier und da auch zu Konflikten führt.

Riss durch die Gesellschaft

Aber auch der alte Westen ist nicht vor der Selbstzerstörung seiner Institutionen gefeit. Bürgerschaftliches Engagement ist nicht an sich, sondern immer kontextuell zu verstehen. Es bewegt sich im heutigen Europa zwischen den Polen starker kultureller Identität und eines eher weltbürgerlichen Zivilisationsverständnisses, das mittlerweile auch in Deutschland von Teilen der Menschen als elitär abgelehnt oder sogar verachtet wird.

Da ist ein großer Riss, der quer durch unsere Gesellschaften geht und auch die nationalen Fragmente der europäischen Gesellschaft scharfkantiger hervortreten lässt. Und wenn wir dieses Szenario stark vereinfachend betrachten, erkennen wir einen auf bekannten Mustern gründenden, in seiner konkreten Erscheinung dennoch neuen ideologischen Großkonflikt, nämlich den zwischen der liberalen und der sogenannten illiberalen Demokratie.

Ein neutrales bürgerschaftliches Engagement zwischen diesen beiden Polen ist meines Erachtens nicht möglich, weil sich zum Beispiel selbst vermeintlich unpolitische karitative Tätigkeiten doch schnell in übergeord-

nete politische Ziele und damit verbundene Gesellschaftsbilder einschreiben lassen, von Engagement mit gesellschaftspolitischen Zielsetzungen gar nicht zu sprechen.

Demokratisch organisiert?

Was wir hier vermutlich noch im Konsens als Zivilgesellschaft verstehen, ist in Europa in einer Weise vielfältig geworden, die nicht im Sinne unseres Verständnisses von „Diversity“ ist, sondern klare Positionsbestimmungen erforderlich macht.

Bürgerschaftliches Engagement vollzieht sich heute in Europa vor dem Hintergrund teilweise an sich selbst zweifelnder Institutionen, zumindest für den Moment erloschener Leuchttürme im Westen und zahlreicher neuer sozialer Bewegungen, die Unmittelbarkeit und Unbedingtheit versprechen, was aber der liberalen Demokratie mit ihren ausgleichenden Mechanismen, ihren deliberativen Methoden und ihrem Lebenselixier, dem Kompromiss, diametral entgegensteht.

Zivilgesellschaft und Engagement, das sind wahrlich weite Begriffe. Darunter zu fassen sind eben auch zahlreiche Akteure, die beeindruckend zu mobilisieren verstehen, dabei aber demokratische Prozesse scheuen wie der Teufel das Weihwasser.

Von einem freiheitlichen Demokratieverständnis getragenes bürgerschaftliches Engagement und die es überhaupt erst ermöglichenden Institutionen sind im heutigen Europa von zwei Seiten bedroht: Gleichsam von oben, von den illiberalen Demokraten mit ihrem autoritären Politik- und reaktionären Gesellschaftsverständnis, und gleichsam von unten, von den unsere liberalen Institutionen geringschätzenden, teils verächtlich machenden Bewegungen, neuen spontanen Formen des Engagements, die insbesondere, aber durchaus nicht nur von rechts außen kommen.

Und die Gegner der liberalen Demokratie unterdrücken nicht nur bürgerschaftliches Engagement, das ihrem reaktionären Welt- und Gesellschaftsbild widerspricht; sie fördern auch ganz gezielt ehrenamtliches Engagement, das sich zum Beispiel mit den Werten Familie, Glaube und Vaterland in Einklang bringen lässt, nicht aber mit denen einer offenen Gesellschaft.



Engagement für mehr Klimaschutz: Im Mai gab es eine Radfahrerdemo in Berlin. Foto: Leonhard Lenz / CCO

Neutral gibt's nicht

Vor diesem Hintergrund wird deutlich: Auch die Förderung bürgerschaftlichen Engagements ist niemals neutral. Auch eine liberale Demokratie verfolgt mit ihrer Förderpolitik Ziele, und das ist gut so. Mit anderen Worten: Wer bürgerschaftliches Engagement bewahren will, das untrennbar mit der zivilisatorischen Errungenschaft der liberalen Demokratie verbunden ist, der darf keine neutrale Haltung einnehmen und absichtlich oder unabsichtlich Werterelativismus betreiben.

Und so ist auch das bürgerschaftliche Engagement unserer Europa-Union Deutschland bei aller Überparteilichkeit nicht neutral. Die Europa-Union Deutschland ist ein gemeinnütziger Verein. Sie ist auf allen Ebenen demokratisch verfasst, sie ist überparteilich, aber eben nicht unpolitisch. Sie ist gemeinnützig, weil sie sich überparteilich für die Europaidee stark macht und weil sie damit einem Staatsziel unseres Grundgesetzes dient. Dieses Engagement zu fördern ist also eine klare politische Entscheidung, die sich in die Logik einschreibt, unsere Institutionen schützen und stärken zu wollen.

Die Europa-Union und ihr europäischer Dachverband, die Union Europäischer Föderalisten, sind zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich nicht nur für ein vereintes Europa und eine immer engere Union der Völker beziehungsweise für einen Europäischen Bundesstaat einsetzen. Bürgerschaftliches Engagement in diesen politischen Vereinigungen bedeutet immer auch: voller Einsatz für die freiheitlich-demokratische Grundordnung, für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Minderheitenrechte, Grund- und Menschenrechte.

Es ist höchste Zeit, dass diejenigen, die die illiberale Demokratie für einen Alptraum halten, sich besser organisieren, stärker vernetzen. Wir müssen bereit sein, für unsere Werte einzustehen, erforderlichenfalls auch für sie zu leiden. Es reicht längst nicht mehr, darauf zu vertrauen, dass sich das von uns als gut und richtig Erkannte im Sinne eines unumkehrbaren zivilisatorischen Fortschritts automatisch durchsetzt.

Was unverhandelbar ist

Wir müssen unsere Werte offensiv vertreten, sollten nicht mit Diktatoren in einen interkulturellen Dialog darüber eintreten. Mit ihnen reden, ja, immer. Niemals aber über unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung verhandeln. Die wehrhafte Demokratie gründet eben nicht nur auf stabilen Institutionen, sondern auch auf eine diese zur Not mit Zähnen und Klauen verteidigende Zivilgesellschaft.

Es gilt, Haltung zu zeigen und klar Stellung zu beziehen. Das, im Übrigen, wird auch viele Menschen, die ob des erlebten Tempos der Veränderungen verunsichert sind, positiv beeindruckt, sie mit der offenen Gesellschaft wieder versöhnen und damit in die richtige Richtung orientieren. Bürgerschaftliches Engagement in Europa im Jahr 2020 kann nur ein politisches sein.

Christian Moos, EUD-Generalsekretär

Der Beitrag ist die gekürzte Fassung einer Rede, die der Generalsekretär der Europa-Union am 15. September auf der Jahrestagung der Initiative kulturelle Integration gehalten hat.



Auch diese Proteste werden von der Demonstrationsfreiheit ermöglicht. Demonstranten gegen Corona-Maßnahmen in Halle Foto: Ralf Lotys / CC BY (<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>)

Baden-Württemberg

Parlamentariergruppe

Die Parlamentariergruppe der Europa-Union im baden-württembergischen Landtag hat sich coronabedingt virtuell getroffen und unter dem Vorsitz von Evelyne Gebhardt MdEP und Peter Hofelich MdL über aktuelle europapolitische Themen ausgetauscht. Der Impuls kam dabei vom Leiter des Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments in München, Tobias Winkler. Er informierte über die Planungen für die Konferenz zur Zukunft Europas.

Buchvorstellung

Unter dem Titel „Europa ist für alle da“ hat der Heilbronner Kreisvorsitzende Heinrich Kümmerle ein Buch herausgebracht. Er befasst sich seit gut 15 Jahren mit der Geschichte der Europäischen Föderalisten im Allgemeinen und mit jener der Europa-Union Heilbronn im Besonderen. Nun hat er seine Ergebnisse in Buchform vorgestellt. Mit dieser Publikation, welche seine bisherigen Vorträge rund um Europa und die Europäische Idee zusammenfasst, möchte er seine Mitbürger von Europa überzeugen und für den Einsatz für unser Europa und damit ganz folgerichtig auch für den Weltfrieden gewinnen. Darüber hinaus soll dieses Buch auch jenen, welche sich wissenschaftlich mit Europa beschäftigen, Grundlagen und Dokumente mit an die Hand geben, um sich einerseits einen tieferen Einblick in die Denkweise und Handlungsmuster von Föderalisten zu verschaffen und um andererseits einen schnellen Überblick über die Geschichte der europäischen Einigungsbewegung zu erlangen. Das Buch ist im Buchhandel oder beim KV Heilbronn erhältlich.

Junge Europäer – JEF

Landesversammlung 2020: Das Treffen konnte trotz Corona „live“ stattfinden. Durch das herausragende Engagement von JEF Rems-Murr und Markus Schildknecht konnten 84 Delegierte das Autokino in Backnang füllen. Bei strahlendem Sonnenschein wählten sie einen neuen Landesvorstand, hörten Grußworte von Rainer Wieland, Evelyn Gebhardt und weiteren Freundinnen

und Freunden der JEF und konnten den Tag bei einer gemütlichen Party mit guter Musik ausklingen lassen.

Der bisherige stellv. Landesvorsitzende Jakob Rauschert wurde als neuer Landesvorsitzender gewählt. In ihren Ämtern bestätigt wurden als stellvertretende Landesvorsitzende Kristine Megerle und als Generalsekretär Jan-Philipp-Scheu. Samet Mutlu, bisher Beisitzer im Vorstand, ist ebenso wie Philipp Haußmann neuer stellvertretender Landes-



Der neue Landesvorstand der Jungen Europäer – JEF Baden-Württemberg

vorsitzender. Ebenfalls neu im Amt sind Markus Reichel als Landesschatzmeister, Mark Wendt als Landespressesprecher sowie die Besitzerinnen und Beisitzer Sophia Leidencker, Alina Wenger, David Li und Felix Wendel. An dieser Stelle gilt ein herzlicher Dank und ein großes Lob Alexander Holder, der den Verband ein Jahr lang an der Spitze führte.

Oberreintag: Was passiert, wenn überzeugte Europäerinnen und Europäer aus der Schweiz, Frankreich und Deutschland an einem Örtchen am Rhein aufeinandertreffen? Das Ergebnis zeigte sich am Wochenende vom 22 bis 23. August in Breisach am Rhein. Auf Initiative des Trinationalen Rats, bestehend aus schweizerischen, französischen und baden-württembergischen Delegierten, wurden zwei Teilnehmertage organisiert, bei denen die JEFerinnen und JEFer die Mög-

lichkeit hatten, sich zu vernetzen und auszutauschen. Hierzu wanderten sie über die deutsch-französische Grenze ins romantische Neuf-Brisach auf der anderen Rheinseite, genossen ein Barbecue am Rhein und entdeckten das schöne Breisach bei einer geführten Tour.

Zollernalb

Europa-Baum: Von Grosselfingens Bürgermeister Franz Josef Möller gab es bei der Anfrage, ob in seiner Gemeinde ein Europa-Bäumchen gepflanzt werden darf, sofort ein „Daumen hoch“! Nun steht die kleine Robinie als Symbol für ein „Herz für Europa“ mitten im Mehrgenerationenpark Grosselfingen. Die Baumpaten sind Landrat Günther-Martin Pauli, die Europa-Union Zollernalb und Elmar Langenstein,



Baumpflanzaktion: Ein Herz für Europa symbolisiert die Robinie in Grosselfingen.
Fotos: EUD Baden-Württemberg

Geschäftsführer des Senioren- und Pflegeheims in Grosselfingen. Der Zusammenhalt und das Miteinander in Europa seien ihm wichtig, betonte Franz Josef Möller und nahm den Spaten in die Hand. Die alljährliche Baumpflanz-Tradition pflegt der Kreisverband seit sieben Jahren. Inzwischen gedeihen die Symbole für ein friedliches und starkes Europa unter anderem in Meßstetten, Hechingen, Balingen und Geislingen.

Verantwortlich: Florian Ziegenbalg

Brandenburg

Zwei Seiten einer Medaille

Deutsche Einheit und europäischer Einigungsprozess: Zwei Seiten ein und derselben Medaille und zugleich Auftrag für weitere Vertiefung! Der Landesverband Brandenburg fertigte aus aktuellem Anlass eine reich bebilderte Wanderausstellung zu diesem Thema. Sie soll für Bildungszwecke auch in Schulen gezeigt werden.

In der Ausstellung wird zunächst auf den alten Artikel 23 GG eingegangen, auf dessen Basis die deutsche Einheit rechtlich vollzogen wurde und die fünf neuen Bundesländer „automatisch“ Teil der damaligen Europäischen Gemeinschaft wurden.

Schwerpunkte der Exposition: zum einen die Solidarnosc in Polen, die eine wichtige Grundlage dafür war, dass freiheitliche Bewegungen im ehemaligen Ostblock revolutionär ihren Weg fanden. Es folgen Hinweise auf die Tschechoslowakei (Bundesdeutsche Botschaft in Prag) und auf Ungarn (Grenzöffnung bei Sopron) sowie auf die UdSSR mit Gorbatschow, die Perestroika und Gorbatschows Unterstützung des Einigungsprozesses. Nicht zu kurz kommen der Mut und der Freiheitswille vieler damaliger DDR-Bürgerinnen und -Bürger, die in friedlicher Revolution den Mauerfall herbeiführten.

Die Umwandlung des damaligen Einigungs-Artikels 23 GG in den neuen Europa-Artikel 23 GG, in dem die Bundesrepublik Deutschland „zur Verwirklichung eines vereinten Europas“ und zur weiteren Integration aufgerufen wird, ist dabei ständiger Auftrag. In einer Schlussbemerkung wird appelliert, dass auch das vereinigte Deutschland auf Basis dieses neuen Artikel 23 GG weiterhin an dem EU-Einigungsprozess mitwirken, ja sogar vorangehen sollte, da ansonsten die Gefahr besteht, dass die EU geopolitisch marginalisiert wird. Wohl und Wehe der europäischen Staaten und damit auch Deutschlands sind auf das Engste miteinander verbunden. Wir haben es in der

Hand, gemeinsam das Beste für uns Europäer daraus zu machen und die nachfolgenden Generationen in eine gute Zukunft zu führen.

Abschließend wird auch auf den inneren Einigungsprozess in Deutschland eingegangen, der weiterer Stärkung bedarf, obgleich schon sehr Vieles geschafft wurde.

Halbzeit

In einem Bürgerforum in Guben wurde am 21. September ein erstes Fazit zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft gezogen. Nach Darstellung deren vier wichtigsten Ziele und Kurzinformationen über die Ergebnisse des EU-Gipfels vom 21. Juni – besonderer Schwerpunkt waren der Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) und das Aufbauinstrument „Next Generation EU“ – wurde angeregt diskutiert. Die Diskussion untereinander und mit dem Publikum führten der deutsche EP-Abgeordnete Dr. Christian Ehler von der EVP und der polnische Sejm-Abgeordnete Dr. Waldemar Ślugoński von der oppositionellen Bürgerplattform PO.

Ehlers wies darauf hin, wie fragil die EU in Krisenzeiten sein könne, zum Beispiel, was das Schließen der nationalen Grenzen und damit die Einschränkung der Freizügigkeit anbelangt. Andererseits habe die EU im Gesundheitsbereich kaum Kompetenzen und habe zumindest versucht zu koordinieren. „Außerdem sollte man nicht vergessen: Die überwiegende Akzeptanz der derzeitigen Corona-Schutzmaßnahmen hat auch damit zu tun, dass die Warenverkehrsfreiheit in der EU gewährleistet und die Regale gefüllt blieben“, so Ehlers. „Zwar waren bei den MFR-Verhandlungen eine Menge nationaler Interessen im Spiel, andererseits hat der Wiederaufbaufonds, der in wenigen Wochen zustande kommen konnte, gezeigt, dass in dieser Not-situation sehr große Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten geübt wurde.“ Ehlers betonte: „Wir dürfen also die Argumentation nicht den Scharfmachern und letztlich Feinden der EU überlassen, sondern müssen uns alle für eine Stärkung der integrativen Kräfte in der EU einsetzen.“ Der Sejm-Abgeordnete Ślugoński stellte die Position seiner Partei dar: Die PO trete für



Rege Diskussion mit Abstand: Unter Einhaltung der Corona-Regeln wurde in Guben Halbzeitbilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft gezogen.

Foto: EUD Brandenburg

die Einhaltung des Rechtsstaatsgebots ein, das gelte innerhalb der EU, aber auch für das polnische Verfassungsrecht. „Die EU-Akzeptanz der Polen ist in der Zeit vom Beitritt zur EU bis heute von 77 Prozent sogar auf 82 Prozent gewachsen“, berichtete er. Dazu hätten sicherlich die hohen EU-Förderungen und der sichtbar positive Aufbau des Landes beigetragen.

55 Gäste erlebten unter Wahrung der Corona-Hygienemaßnahmen einen kurzweiligen und anregenden Abend. Die Veranstaltung war von der Euroregion Spree-Neiße-Bober, Europe Direct, der Stadt Guben und der Europa-Union Brandenburg organisiert worden.

Verantwortlich: Wolfgang Balint

Schleswig-Holstein

Treffen in Neumünster

Am 5. September reisten rund 59 Delegierte nach Neumünster. Unter strenger Einhaltung der Hygienevorschriften und in verkürzter Form fand dort die diesjährige Landesversammlung statt. Auf die Begrüßung des Landesvorsitzenden Uwe Döring und der Stadtpräsidentin Neumünsters, Anna-Katharina Schättiger, folgte die Ehrung Manfred Ritzeks mit der silbernen Ehrennadel.

Auf der Delegiertenversammlung wurde nicht nur über spannende Anträge beraten, auch der Vorstand musste neu gewählt werden. Uwe Döring wurde erneut als Landesvorsitzender bestätigt. Das gilt auch für Niclas Herbst MdEP und Dr. Hauke Petersen als stellvertretende Vorsitzende sowie Schatzmeister Ulrich Adolf. Neue stellvertretende Vorsitzende ist Birgit Wille. Als Beisitzer wiedergewählt wurden René Hendricks, Thomas Kopsch, Michel Montag und Niklas Sievers, neue Besitzer sind Martina Fey, Michail Kalpakidis, Xenia Seekircher und Carina Westermann. Mitglieder des Vorstands kraft Amtes sind außerdem Enrico Kreft und Wilfried Saust.

Trotz der ungewöhnlichen Umstände blicken wir auf eine erfolgreiche Landesversammlung zurück und freuen uns auf die Arbeit mit dem neuen Vorstand.

Dialog zum Green Deal

Gemeinsam mit den EUD-Bürgerdialogen, dem Ocean Summit, der JEF Kiel und Europe Direct Kiel lud der Landesverband am 20. August zum Online-Bürgerdialog ein. Thema war der europäische Green Deal. Mit Rasmus Andresen MdEP und Martin Visbeck vom GEOMAR Helmholtz-Zentrum wurde diskutiert, ob ein klimaneutrales Europa im Jahr 2050 das Schlimmste noch abwenden kann. Sind die im Green Deal von der EU-Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen ausreichend, um dieses Ziel zu erreichen? Verfügt die EU über die Mittel, um das Maßnahmenpaket auch umzusetzen? Das waren die Leitfragen der Debatte.

Eine Aufzeichnung des Bürgerdialogs ist auf dem Youtube-Kanal der Europa-Union Schleswig-Holstein zu sehen. Zudem wurde mit den beiden Diskutanten sowie einer Vertreterin von Fridays for Future und einem Vertreter des Bauernverbands Schleswig-Holstein im

Anschluss ein Video gedreht zu deren Erwartungen und Einschätzungen des Green Deals im Zuge der deutschen Ratspräsidentschaft.

Literatursommer 2020

In einem geräumigen Zelt im Küchengarten des Schlosses Eutin fand am 21. Juli die Eröffnung des Literatursommers statt. Der Abend begann mit einem Grußwort des Vorsitzenden des Literaturhauses Schleswig-Holstein, Dr. Wolfgang Griep, welcher auch die Moderation des Abends übernahm. Auch Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes richtete einige begrüßende Worte an das Publikum des Abends.



Irischer Abend: Impressionen vom Literatursommer

Nach der Begrüßung gab es ein paar Einblicke in die irische Literatur. Hierzu haben sowohl unser Landesvorsitzender Uwe Döring als auch Dr. Christian Meyer-Heidemann, Landesbeauftragter für politische Bildung in Schleswig-Holstein, jeweils ein irisches Werk vorgestellt. Zum einen ein Buch von Roddy Doyle mit dem Titel „Typisch Irisch“ und zum anderen die Geschichte „Du wirst mich vergessen, bevor ich dich vergesse“, welche aus dem Erzählband „Zeig ihnen, wie man Spaß hat“ von Nicole Flattery stammt.

Highlight des Abends war die Lesung aus dem aktuellen Buch von Hugo Hamilton „Palmen in Dublin“. Vortragender war Schauspieler Tom Keller.



Seite an Seite für Europa (wenn auch coronabedingt weit auseinander): der neue Landesvorstand nach der Wahl in Neumünster

Fotos: Lena Feldsien

Verantwortlich: Carina Strüh

Sachsen-Anhalt

Sommercampus in Kalbe

50 Tage zeitgenössische Kunst im ländlichen Raum in der Altmark im Norden Sachsen-Anhalts: Die Künstlerstadt Kalbe konnte erfolgreich, trotz der Bedingungen der Corona-Pandemie, den 8. Internationalen Sommercampus durchführen. Insgesamt 31 nationale und europäische Künstlerinnen und Künstler aus allen Fachrichtungen der Kunst arbeiteten und lebten während der Zeit des Sommercampus vom 10. Juli bis 6. September 2020 in der kleinen Stadt.

Der Landesverband war mit dabei. Seit Anfang des Jahres gibt es einen intensiven Austausch zwischen dem Vorstand der Künstlerstadt Kalbe e. V., dessen Vorsitzender Corinna Koebele und der EUD mit ihrem Landesvorsitzenden Thomas Rieke. Man arbeitet zusammen, sei es zur Bewerbung von Veranstaltungen oder bei der Vermittlung von Übersetzern für die Einladungstexte, die nach ganz Europa und darüber hinaus bis nach Armenien, in den Iran und in die USA gingen. Leider konnte das kleine Altmarkstädtchen in diesem Jahr coronabedingt die schon eingeplanten Stipendiatinnen und Stipendiaten aus diesen Ländern nicht emp-



Die Vorsitzende des Vereins Künstlerstadt Kalbe (2. v. r.) und der Landesvorsitzende der EUD Sachsen-Anhalt, Thomas Rieke (r.), bei der Verabschiedung von Künstlerinnen und Künstlern Foto: EUD Sachsen-Anhalt

fangen. Auch die Anreise aus Luxemburg war nicht möglich.

Das tat dem Sommercampus jedoch keinen Abbruch. Immerhin waren zehn Nationen vertreten und prägten die Projekte, an denen gearbeitet wurde. Jeden Sonnabend zeigten die Stipendiaten ihre Arbeit dem interessierten Publikum im Rahmen eines Atelier-Rundgangs. Auch partizipative Projekte, zu denen die Bewohner von Kalbe eingeladen wurden, waren im Angebot. Daneben gab es jede Woche Ideenwerkstätten, die im öffentlichen Raum stattfanden, geführte Radtouren, offene Bühnen, Informationsveranstaltungen, Sommerkino und Kino für Kinder und Jugendliche.

Arbeit am Leitbild

Die Europa-Union Sachsen-Anhalt hat sich als Mitgliedsverein der Auslandsgesellschaft Sachsen-Anhalt (AGSA) in den vierstufigen Entwicklungsprozess eines gemeinsamen Leitbildes mit eingebracht.

Die AGSA ist ein Dachverband für Organisationen, die sich für ein demokratisches Miteinander sowie gleichberechtigte Teilhabe unabhängig von Herkunft, Religion, Sprache und anderen Merkmalen einsetzen. Die inhaltlichen Engagement- und Tätigkeitsfelder der Mitglieder sind sehr heterogen: Bilaterale Gesellschaften, europäische Vereine, Migrantenorganisationen und Vereine des globalen Lernens wirken hier gemeinsam unter einem Dach.

In diesem Kontext war die Idee zur Entwicklung eines gemeinsamen Leitbildes, das alle Verbände mittragen, ein besonderes Anliegen der AGSA. In intensiver Gruppenarbeit widmete man sich den Kernaufgaben,



Gemeinsames Feilen am Leitbild der Auslandsgesellschaft Sachsen-Anhalt: Für die Europa-Union mit dabei war Landesvorstandsmitglied Kerstin Mogdans (r.). Foto: AGSA

den gemeinsamen Visionen, Werten und schließlich Leitsätzen und Maßnahmen, die die Regeln des Miteinanders in der internen und externen Kommunikation beschreiben. Das entwickelte Leitbild soll auf der nächsten AGSA-Mitgliederversammlung vorgestellt und als gemeinsames Orientierungs- und Wertepapier beschlossen werden.

Neuer Vorstand in Magdeburg

Am 12. August führte der Magdeburger Kreisverband seine Mitgliederversammlung im einewelt haus Magdeburg durch. Im Mittelpunkt stand die Wahl eines neuen Vorstands für die Amtszeit von zwei Jahren.

Die Mitglieder haben gewählt: Mattias Stübzig (Vorsitzender), Melanie Diedrich-Schüller (Stellvertretende Vorsitzende), Daniel Adler (Schatzmeister), Ingo Kleinwächter (Schriftführer) und Kerstin Mogdans (Beisitzerin).

„Im Namen der Mitglieder des Kreisverbands möchte ich mich außerordentlich bei Mareike Wagner, Sabine Overkämping und Sören Herbst für ihr leidenschaftliches Engagement im Vorstand bedanken“, begann Matthias Stübzig sein Schlusswort. Weiter merkte Stübzig an, „dass wir uns weiterhin für den Europagedanken in der Landeshauptstadt und der Region stark machen werden. Dafür wollen wir mehr Mitglieder gewinnen und neue Formate ausprobieren.“

Verantwortlich: Thomas Rieke



Der neue Magdeburger Kreisverband

Foto: EUD Magdeburg

Hessen

Was bedeutet das Urteil?

Der hessische Landesvorsitzende Thomas Mann, der selbst zwanzig Jahre dem Europäischen Parlament angehörte, diskutierte mit Dr. Detlef Fechtner zum Thema „EZB-Urteil aus Karlsruhe – Gefahr für die Integration Europas?“. Über 30 Gäste hatten sich zu der Videokonferenz zusammengesammelt, um mit dem erfahrenen Europapolitiker und dem stellvertretenden Chefredakteur der Börsen-Zeitung ins Gespräch zu kommen. Tagesaktuell wurden auch die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Pandemie bewertet.

EP muss nachbessern

Thomas Mann fordert substantielle Änderungen des EU-Gipfel-Kompromisses in der Corona-Krise: „Jetzt ist das Europäische Parlament gefordert nachzubessern. Dazu gehört neben ausreichend finanzierten wertschöpfenden Zukunftsprojekten die Einhaltung der Werte der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit mit ihren Konkretisierungen freie Presse, unabhängige Justiz, Garantie der Minderheitenrechte und mehr“, mahnte er. „Der Grundrechts- und Wertekanon der EU, Basis unseres gemeinsamen politischen Handelns, darf nicht zur wohlklingenden Formulierung und Spielwiese für beliebige Interpretationen degenerieren. Eine Rechtsstaatsklausel mit Substanz ist unumgänglich.“

Das vollständige Statement finden Sie online unter www.eu-hessen.de.

Main-Kinzig

Rückkehr nach Schlüchtern: Nach über 70 Jahren kehrt die Europäische Akademie nun endgültig in die Europastadt Schlüchtern zurück, wo sie 1948 als erste ihrer Art im Nachkriegs-Deutschland gegründet wurde. Zu den Gründungsvätern gehörten Walter Hallstein, Romano Guardini und Werner Heisenberg. Initiator und EUD-Kreisvorsitzender Thomas Otto

Schneider freute sich, dass der Main-Kinzig-Kreis zunächst für zwei Jahre Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt hat. Die Europa-Union Main-Kinzig tritt als Schirmherr auf. Nach Fertigstellung des Kultur- und Begegnungszentrums ist der Umzug dorthin geplant.

Frankfurt

Was tut die ESA? Für ein besonderes Online-Angebot hatte der Kreisverband den Direktor der Europäischen Weltraumbehörde, Johann-Dietrich Wörner, gewinnen können. Im digitalen Austausch sprach Wörner über Aufbau und Funktion der ESA, aber auch über aktuelle Projekte und zukünftige Technologien zur Weltraumerforschung.

Einsatz für Belarus: Für freie Meinungsäußerung und die Gewährung der Rechtsstaatlichkeit in Belarus setzte sich der Frankfurter Kreisverband digital und auf der Straße mit verschiedenen Akteuren der Zivilgesellschaft ein.

Abschiedsbesuch: Die ukrainische Generalkonsulin, Alla Polyova, empfing den

Frankfurter Kreisvorsitzenden Klaus Klipp anlässlich ihres bevorstehenden Abschiedes aus dem Rhein-Main-Gebiet. Vor ihrem Wechsel ins Kiewer Außenministerium ließ sie Initiativen und Themen der letzten Jahre Revue passieren und wagte einen Ausblick auf die kommenden Herausforderungen. Ihr Credo: „Die Ukraine ist ein Teil Europas und will noch enger an die Europäische Union heranwachsen!“

Lahn-Dill

Social Media Schulung: Wie erstelle ich einen Facebook-Account? Wofür verwende ich Instagram? Während der zweistündigen Online-Schulung der Europa-Union Lahn-Dill lauschten rund 40 Gäste aus der Europa- und Partnerschaftsarbeit den Ausführungen von Michelle Campbell. Die junge Unternehmensberaterin veranschaulichte Chancen und Möglichkeiten der Sozialen Medien und Netzwerke für die Vereinsarbeit und klärte über technische Voraussetzungen und Risiken auf.

Verantwortlich: Sven Ringsdorf



Aktiv im Hochtaunus

Der Kreisverband: Bereits im Juli 1947 gab es einen Arbeitskreis der Europa-Union Obertaunus, der bei der amerikanischen Militärregion um sogenannte Lizenzierung, also die Zulassung als Verein warb. Hessenweit zählte die Europa-Union damals 106 Mitglieder, von denen rund ein Drittel aus dem heutigen Hochtaunuskreis stammten, darunter neben Lokalpolitikern auch Professoren, Studenten, Journalisten, Arbeiter und Angestellte, sogar einige wenige Frauen waren damals aktiv dabei.



Helmut Lind am Infostand Foto: EUD Hochtaunus

Helmut Lind: Als Zehnjähriger erlebte der in Technik und Medien versierte Helmut Lind den Einmarsch der Amerikaner. In der Folge wurde die Einigung Europas sein Herzensanliegen. Seit 47 Jahren Mitglied der Europa-Union, führt er bereits seit mehr als 20 Jahren verlässlich die Kasse des Kreisverbandes. Egal, ob bei Veranstaltungen, Infoständen und beim Umgang mit neuen Medien – Helmut Lind ist ein landesweit geachteter Europäer, der sich um die Europa-Union verdient gemacht hat.

Niedersachsen

Ein Zeichen setzen

Niedersachsen ist eines der Bundesländer, in dem noch immer ein klares Bekenntnis zur Fortentwicklung eines geeinten Europas fehlt. JEF und Europa-Union Niedersachsen fordern daher eine Verfassungsänderung. Die Änderung sieht vor, Niedersachsen nicht wie bisher nur als Teil der europäischen Völkergemeinschaft anzuerkennen, sondern aktiv an der Gestaltung der Europäischen Union mitzuwirken. Jan Hörnschemeyer, Landesvorsitzender der JEF Niedersachsen, findet: „Auch Niedersachsen braucht ein klares Bekenntnis zur Europäischen Union. Nach dem positiven Beschluss des Landtags NRW, das Europa-Bekenntnis in die nordrhein-westfälische Verfassung aufzunehmen, ist es für Niedersachsen an der Zeit nachzuziehen.“

Kritische Stimmen betrachten die Verfassungsänderung als reine Symbolpolitik. Doch lebt Politik nun mal von Symbolen, die mit politischem Handeln einhergehen. Ein EU-Bekenntnis in der Verfassung wäre außerdem beides: ein klares Zeichen für Europa, aber auch ein rechtlich-bindender Vertrag, der wiederum politisches Handeln prägt. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass dem Artikel 1 Absatz 2 der niedersächsischen Landesverfassung Folgendes hinzugefügt wird: „Niedersachsen trägt zur Verwirklichung und Entwicklung eines geeinten Europas bei, das demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderativen Grundsätzen sowie dem Grundsatz der Subsidiarität verpflichtet ist, die Eigenständigkeit der Regionen wahrt und deren Mitwirkung an europäischen Entscheidungen sichert. Das Land arbeitet mit anderen europäischen Regionen zusammen und unterstützt die grenzüberschreitende Kooperation.“

Harm Adam, der Vorsitzende der Europa-Union Niedersachsen, stellt dazu fest: „Besonders unter den Eindrücken der Corona-Krise, die Konflikte und Misstrauen unter den Mitgliedstaaten der Europäischen Union hervorgebracht haben, ist ein gemeinschaftliches Bekenntnis zu Eu-

ropa in unserer Landesverfassung umso wichtiger und ein starkes Zeichen für die europäische Idee in Niedersachsen!“



Das Zitat Robert Schumans steht sinnbildlich für die Wichtigkeit, ein gemeinsames Bekenntnis zu Europa auch in den Landesverfassungen zu verankern.

Foto: Gerhard Thiel

JEF

Virtuelle Mitgliederversammlung wählt neuen Landesvorstand: Am 6. Juni 2020 wurde die Landesmitgliederversammlung der JEF Niedersachsen abgehalten. Sie war dieses Jahr etwas ganz Besonderes! Sie fand aufgrund der Eindämmungsmaßnahmen gegen das Coronavirus online statt, sodass alle Mitglieder per Videokonferenz zusammenkamen. Unter dem Motto „GenerationE – mach' was draus“ wurden inhaltliche Anträge diskutiert und beschlossen.

Zudem wurde ein neuer Landesvorstand gewählt. Neuer Vorsitzender wurde Jan Hörnschemeyer (24, Osnabrück). Sein Vorgänger Tobias von Gostomski hatte sich nach zwei Jahren an der Spitze des Verbands nicht erneut aufstellen lassen und ist in den geschäftsführenden Landesvorstand der Europa-Union

Niedersachsen aufgerückt. Neue stellvertretende Vorsitzende sind Furkan Zencirkiran (22, Hannover) und Henrike Gudat (24, Göttingen), die mit Schatzmeister Florian Rahn (21, Osnabrück) den geschäftsführenden Vorstand komplettieren. Zusätzlich wurden Amelie Witte (24, Osnabrück), Benedikt Spendel (23, Hannover), Thore Brandes (21, Göttingen), Julia Schmelter (27, Oldenburg) sowie Marie Malik (22, Osnabrück) als Beisitzer in den Vorstand gewählt.

Braunschweig

Wiederstart der Europa-Union im Braunschweiger Land: Nach coronabedingter Pause hat auch die Europa-Union im Braunschweiger Land ihre Aktivitäten wieder aufgenommen und zunächst mit einem Treffen im engeren Vorstandskreis begonnen. Der Vorsitzende des Regionalverbandes, Edmund Heide, dazu: „Leider ist die traditionelle Europa-Stunde im Mai dieses Jahr coronabedingt ausgefallen. Aufgrund der noch geltenden Abstandsregeln erscheint auch eine Durchführung im September/Oktober dieses Jahres wenig realistisch.“ Dies sei bedauerlich, die Gesundheit der Beteiligten müsse aber an erster Stelle stehen und zudem hätten dieses Jahr auch nur wenige Schüleraustausche stattfinden können, über die traditionell bei der Europa-Stunde berichtet wird.

Der stellvertretende Vorsitzende, Dr. Alexander Börger, ergänzt: „Vor-Ort-Treffen in etwas größerem Maßstab sind nach wie vor schwierig. Wir werden deshalb auch digitale Formate ausprobieren.“ So sei geplant, telefonische oder Online-Diskussionsrunden mit regionalen Abgeordneten aus Landtag, Bundestag und Europaparlament anzubieten, an denen auch interessierte Bürgerinnen und Bürger, die noch nicht Mitglied der Europa-Union sind, teilnehmen können. Auch bei der anstehenden Landesversammlung im November in Helmstedt möchte man sich als Regionalverband angemessen beteiligen, zumal die dortige Politische Bildungsstätte lange von einem aktiven Mitglied der Europa-Union geleitet wurde.

Verantwortlich: Cord Wilhelm Kiel

Nordrhein-Westfalen

Seminare zur Ratspräsidentschaft

Ganz im Zeichen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft stehen derzeit die Aktivitäten der nordrhein-westfälischen Europäer. Unter Federführung des Landesverbandes wollen sie die Schwerpunkte der Präsidentschaft möglichst vielen Menschen verständlich erläutern. In die Gespräche einfließen sollen die Interessen Nordrhein-Westfalens und die Zielsetzungen der Europa-Union. Online-Seminare, aber auch „coronagerechte“ Präsenzveranstaltungen wie „Wohnzimmer- oder Küchentischgespräche“ wird es bis zum Jahresende geben.

Zum Auftakt fand ein Expertengespräch statt mit dem Leiter der EU-Kommissionsvertretung in Deutschland, Dr. Jörg Wojahn, dem für Europaangelegenheiten in NRW zuständigen Staatssekretär, Dr. Mark Speich, und der Präsidentin der Europäischen Bewegung, Dr. Linn Selle.

Neben den Statements der Experten gab es in der von Dr. Sigrid Fretlöh vom Team Europe der EU-Kommission moderierten Veranstaltung eine lebendige Diskussion mit den online zugeschalteten Gästen.

Jörg Wojahn bezeichnete den im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft vom Europäischen Rat beschlossenen Finanzrahmen zur Überwindung der Corona-Pandemie als einen großen Erfolg. Weitere wichtige Herausforderungen seien unter anderem der European Green Deal und die Migrationspolitik. Aber auch der aktuelle Gasstreit im Mittelmeer zwischen Griechenland und der Türkei sowie die politischen Demonstrationen in Belarus stünden auf der Tagesordnung.

Mark Speich sieht in dem Braunkohleausstieg und der damit verbundenen Transformation der Wirtschaft eine gemeinsame Aufgabe der EU und der betroffenen Regionen, somit sei auch das Land NRW aufgerufen zu handeln. Der von der EU aufgesetzte Fond zur Förderung der betroffenen Regionen bedürfe einer starken regionalen Be-



Im Zeichen der Ratspräsidentschaft: Einladung zur Auftaktveranstaltung

Grafik: EUD NRW

teiligung, um den Transformationsprozess lebendig gestalten zu können. Linn Selle nannte die erstmals gemeinsame Verschuldung der EU zur Stabilisierung nationaler Haushalte einen Meilenstein für die EU und der deutschen Ratspräsidentschaft.

Kreisverbände engagiert

Der Name der neuen Reihe „Kreisverbände engagiert“ ist Programm: In dieser vom Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten geförderten Veranstaltungsreihe übernehmen nun die Kreisverbände in Zusammenarbeit mit dem Landesverband die weitere Verantwortung, um die Ratspräsidentschaft „ins Land zu tragen“.

Der Kreisverband Monheim stellte am 7. Oktober den Klimawandel, seine Herausforderungen und Strategien für eine post-fossile Entwicklung zur Diskussion. Von Mitte Oktober bis Ende November widmen sich die Kreisverbände Bonn/Rhein-Sieg, Aachen und Dortmund weiteren Themen der Ratspräsidentschaft. Aktuelle Hinweise zu den Online-Seminaren und zu den Präsenzveranstaltungen gibt es auf der Internetseite des Landesverbandes www.europa-union-nrw.de.

Wahlarena macht Dampf

Die Corona-Pandemie erfordert ein Umdenken auch bei den Veranstaltungsformaten. Der Kreisverband Bocholt probierte im Rahmen der nordrhein-westfälischen Kommunal- und Integrationsratswahlen gleich mehrere „Wahlarenen“ mit Bürgermeisterkandidaten und Bewerbern für den Integrationsrat aus. „Sehr erfolgreich!“, wie Kreis- und Landesvorsitzender Peter Wahl bilanzierte. Inmitten der aus Diskussions Teilnehmern gebildeten Wahlarena wurden die eingeladenen Bewerber mit ständigen Fragen „gekocht“, ohne sich dabei hinter Tischen und Pulten, Handzetteln oder Manuskripten verstecken zu können. Zugleich wurden die Wahlarenen über YouTube veröffentlicht. Wer die Wahlarenen nachvollziehen möchte, findet im Internetangebot des Kreisverbandes unter www.bocholt.europa-union.de entsprechenden Links.

Verantwortlich: Bernd Weber



Rheinland-Pfalz

Grenzenloses Europa an der Lauter-Brücke

Seit 15. Juni ist der Spuk vorbei und wir können unseren Urlaub wieder im europäischen Ausland verbringen und Freunde in unseren Nachbarländern besuchen. Als viel elementarer wird die Grenzöffnung in Scheibenhardt und Scheibenhard erlebt. Die beiden Gemeinden in der Pfalz und

im Elsass bildeten bis zum zweiten Pariser Frieden 1815 noch eine Verwaltungseinheit. Heute gehören sie zu Deutschland und Frankreich, die Lauter ist seither ein Grenzfluss. Der Grenzverkehr wird hier aber als Dorfleben wahrgenommen, denn der elsässische Teil der über eine malerische Brücke verbundenen Ortsteile kauft allmorgendlich seine Croissants in der einzigen Bäckerei am Ort, die allerdings auf pfälzischer Seite liegt. Diese und andere Kuriositäten waren auch für die Beamten der Bundespolizei eine verblüffende Erfahrung, als sie im Verlaufe der Co-

ronakrise auf jener Brücke Dienst zu tun hatten. Nun ist die künstliche Trennung erneut Geschichte und der wieder einmal vereinte Ort atmet auf.

Zur Feier der Grenzöffnung präsentierte der Mainzer Politologe Ingo Espenschied unter dem Label OpenAir@OpenBorders seine DOKULIVE-Produktion „70 Jahre Schuman-Plan“ erstmals als Outdoor-Event. In einer live kommentierten, multimedialen Zeitreise auf Großbildleinwand erzählte Espenschied die spannende Geschichte der Gründung Europas und den Prozess der europäischen Einigung am Abend der Grenzöffnung einem interessierten deutsch-französischem Publikum. Bei bestem Wetter und erleichterter Stimmung fanden etwa hundert Besucher den Weg zu besagter Brücke neben dem zum Museumsstück degradierten Schlagbaum. Das von der Europa-Union Rheinland-Pfalz und Ingo Espenschied gemeinsam initiierte Event galt als Kick-off für eine Reihe weiterer DOKULIVE-Präsentationen, die im Sommer 2020 an deutschen Grenzzonen stattfinden sollten.



Zum Tode von Hildegard Bals

Eine glühende Verfechterin für Europa ist von uns gegangen. Hildegard Bals wirkte jahrzehntelang im Vorstand der Europa-Union Landau/Südliche Weinstraße, davon viele Jahre als Vorsitzende. Ihr ist es gelungen, den Kreisverband zum mittlerweile mitgliederstärksten in Rheinland-Pfalz werden zu lassen. Aufgrund ihres großen Engagements wurde sie auch mit der Goldenen Ehrennadel der Europa-Union Rheinland-Pfalz ausgezeichnet. Außerdem war Hildegard Bals viele Jahre Mitglied im Landesvorstand. Unvergessen bleibt auch ihr unermüdlicher Einsatz in der Polenhilfe: Zahlreiche Hilfstransporte konnten damals dank ihrer Initiative nach Polen durchgeführt werden.

Wir werden Hildegard Bals und ihr vorbildliches Eintreten für die europäische Einigung nicht vergessen!

Verantwortlich: Lisa Mandau



Hüben und drüben der Lauter war man erleichtert, als der deutsch-französische Alltag wieder erlaubt und die Grenze offen war. Mit einer Open-Air Aufführung der Dokumentation „70 Jahre Schuman-Plan“ wurde gefeiert.

Foto: Dokulive

Sachsen

Kennenlernetreffen

Die neue sächsische Europa-Ministerin Katja Meier stand uns für ein erstes Kennenlern-Treffen mit Europa-Union und der JEF am 14. August persönlich zur Verfügung. „Mir ist es wichtig, die zivilgesellschaftlichen Europa-Akteure in Sachsen zu stärken. Insbesondere schätze ich die Arbeit von JEF und Europa-Union hier in Sachsen sehr. Da ich nicht nur Europaministerin, sondern auch für Gleichstellung zuständig bin, erfreut es mich sehr, dass mir hier so viele politisch engagierte Frauen verschiedener Generationen gegenüberstehen“, so Staatsministerin Meier. Wir wurden mit offenen Armen empfangen und bedankten uns herzlich bei ihr für die freundliche Begrüßung.

„Coronabedingt konnten wir leider unseren fünften Geburtstag in diesem Jahr nicht feiern“, sagte Katharina Wolf, Landesvorsitzende der Europa-Union Sachsen. Staatsministerin Meier nahm gerne die Einladung zur Feier unseres sechsten Geburtstages im März

2021 an. Zudem, so Meier, solle in diesem Jahr noch das Netzwerktreffen der Europaakteure in Sachsen durchgeführt werden. Sie bat JEF und EUD ausdrücklich darum, sich wieder in die Gestaltung des Treffens mit aktivierenden Formaten einzubringen.

Emely Schäfer, die neue Landesvorsitzende der JEF, erinnerte daran, dass coronabedingt auch das EP-Simulationsspiel SimEP kurzfristig abgesagt werden musste. „Die SimEP ist inzwischen ein eingeführtes und zunehmend nachgefragtes Format der Europa-Bildung an Schulen, für das die bisherige Form der finanziellen Unterstützung nicht ausreiche“, ergänzte Marie Teresa Rölke, ehemalige JEF-Vorsitzende und nun im EUD-Vorstand. Dies nahmen wir zum Anlass, der Ministerin unser Positionspapier für den nächsten Doppelhaushalt 2021/2022 zu übergeben.

Für ein Grenzland wie Sachsen ist grenzüberschreitende Begegnung wichtig.



Auf Abstand, aber herzlich: Kennenlernetreffen mit der neuen sächsischen Europaministerin Katja Meier
Foto: EUD Sachsen

Staatsministerin Meier bestärkte uns darin, auch die ihrer Zuständigkeit zugeordneten sächsischen Büros in Prag und in Breslau dafür zu nutzen.

Zum Abschluss des Treffens nahm Ministerin Meier auf die Verfassungsänderung in NRW Bezug, die ja dort durch die Europa-Union initiiert worden sei. Gleiches könne sie sich auch für Sachsen gut vorstellen.

Verantwortlich: Katharina Wolf

Saarland

Für Europa ohne Grenzen!

Die Landesverbände von Europa-Union und JEF haben sich nach der Beendigung der coronabedingten Grenzschießungen weiter für ein vereintes Europa ohne Grenzen eingesetzt.

Schon vor 70 Jahren, am 6. August 1950, demonstrierten rund 300 junge Europäer an der deutsch-französischen Grenze zwischen Wissembourg/Weiler (Elsass) und St. Germanshof (Pfälzerwald/Nordvogesen) für genau dieses Anliegen. Im Laufe der Aktion sägten und verbrannten Studenten, Akademiker und Politiker aus neun verschiedenen europäischen Ländern Zollschränken, fielen sich gegenseitig in die Arme, hissten die Flagge der Europäischen Bewegung und stellten Transparente mit der Aufschrift „Europa ist Gegenwart“ auf – so auch der Titel der Erklärung, die bei der Demonstration verlesen wurde. Zum ersten Mal

in der Geschichte marschierten die Europäer nicht an die Grenzen, um sich gegenseitig umzubringen, sondern um die Abschaffung der Grenzen zu fordern.

Zum historischen Anlass veröffentlichte der Landesverband mit benachbarten europäischen Föderalisten aus Belgien, Frankreich, der Region Grand Est, aus Luxemburg, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz eine gemeinsame Resolution. Die Forderungen: keine nationalen Alleingänge mehr, Kooperation statt Abschottung, Erweiterung der Kompetenzen der EU in der Gesundheitspolitik und Überarbeitung des Schengener Abkommens, damit Grenzschießungen und Einreisebeschränkungen die absolute Ausnahme bleiben.

So kamen am 6. August in St. Germanshof junge europäische Föderalisten aus der deutsch-französisch-luxemburgischen Grenzregion zusammen, um den historischen „Stu-



70 Jahre später: Am deutsch-französischen Grenzübergang „Brême d'Or/Goldene Bremm“ wurde der Studentensturm auf die Grenzposten von 1950 nachgestellt.
Foto: Werner

dentensturm“ auf die Grenzanlagen wieder aufleben zu lassen und daran zu erinnern, dass Europa immer Gegenwart sein muss. Mit dabei war ein Zeitzeuge von damals: Dr. Matthias Heister, der mit seiner Gattin aus Bonn angereist war, um noch einmal symbolisch eine Zollschränke durchzusägen und damit für ein vereintes Europa mit offenen Grenzen zu werben.

Verantwortlich: Jonas Heintz

Mecklenburg-Vorpommern

Positionen zur Landtagswahl

Im September 2021 finden die Wahlen zum 8. Landtag von Mecklenburg-Vorpommern statt. Der Landesvorstand hat sich in seiner Sitzung am 18. September damit befasst und ein Positionspapier verabschiedet.

Unter dem Motto: „Wir im Herzen Europas – Europa in unseren Herzen“ wurde auf zahlreichen Politikfeldern die Position des Landesverbands bestimmt. Es ist diesmal gelungen, eine umfassende Darstellung der Haltung der Europa-Union Mecklenburg-Vorpommern zu erarbeiten und zu europäischen Fragen, die mit der Landespolitik korrespondieren, parteiübergreifend eine einheitliche Haltung zu folgenden Schwerpunkten zu erzielen:

- Europäische Solidarität und Verantwortung
- Umwelt, Klima, Wirtschaftsinnovation
- Demokratisches Europa
- Europäische Kooperationen und Perspektiven stärken
- Europabildung und interkulturelle Verständigung
- Europa in den Parlamenten und in den Verwaltungen

„Wir wissen um unsere Verantwortung innerhalb der Europäischen Union und schauen nicht weg, wenn humanitäre Notlagen entstehen“, heißt es in dem Papier. „Wir denken Solidarität praktisch. Das heißt, dass wir unsere Möglichkeiten nutzen und erweitern wollen, um auf humanitäre Notlagen im in- und außereuropäischen Ausland zu reagieren und Schutzsuchenden eine würdige Perspektive zu ermöglichen. Wir erwarten, dass sich die Kandidaten und Kandidatinnen für die Wahl zum 8. Landtag von Mecklenburg-Vorpommern ebenfalls dafür einsetzen!“

An anderer Stelle wird in diesem Beschluss betont: „Auch europäische und internationale Partnerschaften müssen weiter ausgebaut und mit Leben erfüllt werden. Die Europa-Union Mecklenburg-Vorpommern unterstützt diese Partner-

schaften und gestaltet regelmäßig Treffen mit Vertreterinnen und Vertretern der Partnerkommunen. In diesem Rahmen müssen auch digitale Formate ausprobiert werden können, damit mehr Menschen Zugang zu interkulturellem Austausch geboten werden kann. Dafür braucht es mehr landesseitige Unterstützung!“



Der Landtag im Schweriner Schloss soll nach der nächsten Wahl mehr „Europa im Herzen“ haben.

Foto: STADTMARKETING GmbH Schwerin / Marieke Sobiech

Im Hinblick auf die Verbesserung der Europabildung an Schulen ergeben sich auch hier klare Standpunkte: „Der jährliche Europatag an Schulen muss auch im Land Mecklenburg-Vorpommern zu einem bildungspolitischen Höhepunkt ausgestaltet werden. Die bisherige eher verhaltene Wahrnehmung dieses Tages durch Politikerinnen und Politiker des Landes hat für die europapolitische Bildungsarbeit noch nicht die notwendigen Effekte erbracht. Hier erwarten wir von den künftigen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern ein deutlich gesteigertes Engagement.“

Noch deutlicher haben sich die Mitglieder des Landesvorstandes für eine Neuregelung des Wahlrechts ausgesprochen: „Selbstverständlich stehen wir auch dafür ein, das demokratischste Recht zu europäisieren und zu universalisieren: das Wahlrecht! Wir erwarten, dass dafür die Verfassungsgrundlagen geschaffen werden, damit alle EU-Bürger und -Bürgerinnen und alle Menschen,

die in Mecklenburg-Vorpommern ihren Lebensmittelpunkt haben, an den Wahlen zu den Landtagen teilnehmen können.“

Zum Schluss wird in diesem Papier die Notwendigkeit des Ausbaus der Europakompetenzen in den Verwaltungen gefordert. „Die Europakompetenz des Landes Mecklenburg-Vorpommern, dessen Partizipationsmöglichkeiten an den Entscheidungsprozessen auf europäischer Ebene

sowie die Einbindung der Zivilgesellschaft bedarf einer stärkeren Weiterentwicklung. Dazu gehört auch ein Europaministerium sowie die Beteiligung der einschlägigen Organisationen der Zivilgesellschaft z.B. am Ausschuss der Regionen (AdR), im Wirtschafts- und Sozialausschuss oder im Rahmen der Ostseestrategie.“

Und nicht zuletzt wollen wir die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger dazu bewegen, in einer Parlamentariergruppe des Landesverbands aktiv mitzuwirken. Dazu wird es nach der Landtagswahl ein Treffen des Europa-Union-Landesvorstands mit den gewählten Abgeordneten geben.

Der vollständige Beschluss ist unter folgendem Link abrufbar:

<https://www.europa-union-mv.de/meldungen/aktuelles/wir-im-herzen-europas-europa-in-unseren-herzen>

Verantwortlich: Ralf-Peter Hässelbarth

Bremen

Protest für Belarus

Für freie und faire Wahlen in Belarus: Seit dem Beginn der friedlichen Proteste in ihrer Heimat organisieren Belarussinnen und Belarussen europaweit Solidaritätskundgebungen. So auch jeden Samstag auf dem Bremer Marktplatz. Als Vorsitzende der Europa-Union Bremen hat Helga Trüpel mehrfach teilgenommen, um die Forderungen der Demonstrierenden zu unterstützen: freie und faire Wahlen, sofortige Freilassung aller inhaftierten Demonstranten, ein Ende der Polizeigewalt sowie keine Einmischung durch die russische Regierung.

Die Nichtanerkennung des vom Lukaschenko-Regime manipulierten Wahlergebnisses durch den Europäischen Rat war absolut notwendig und richtig. Zugleich legt die belarussische Opposition



großen Wert auf ihre politische Unabhängigkeit, um nicht in eine geopolitische Konfliktlogik hineingezogen zu werden. Bei aller Solidarität sollten künftige Interventionen seitens der EU daher mit großer Umsicht erfolgen. Es kommt nun darauf an, dass Belarus einen friedlichen und demokratischen Weg in eine Zeit nach Lukaschenko findet, falls nötig auch mit der Unterstützung internationaler Organisationen wie der OSZE oder den Vereinten Nationen.

*Verantwortlich: Helga Trüpel
und
Emanuel Herold*

Immer wieder samstags auch in Bremen: Protest für freie und faire Wahlen in Weißrussland

Foto: EUD Bremen

Luxemburg

Auch von Covid-19 nicht zu stoppen

Parlamentariergruppe vollständig: Auch in Zeiten des Lockdowns ist der Verband weiter gewachsen. Unter den neuen Mitgliedern freuen wir uns insbesondere über die Europaparlamentarierin Monica Semedo von den Luxemburger Liberalen, die damit



*Komplettiert die Parlamentariergruppe:
Monica Semedo MdEP*

Foto: Demokratische Partei (Luxemburg)

unsere Parlamentariergruppe komplettiert: Alle sechs Luxemburger Europaabgeordneten sowie der Luxemburger Kommissar sind bei uns nun Mitglied!

Einsatz für offene europäische Grenzen: Zu Beginn des Lockdowns hat Deutschland – reflexartig, wie es schien – die nationalen Grenzen geschlossen, welche ja ohne Ausnahme Schengen-Binnengrenzen sind. In Luxemburg hat diese Maßnahme Empörung ausgelöst: Die Maßnahme war unilateral entschieden und damit das kleine Nachbarland vor vollendete Tatsachen gestellt worden. Dabei gab es keine epidemiologische Begründung, das Infektionsgeschehen war zu diesem Zeitpunkt auf beiden Seiten der Grenze gleich. Die Europa-Union Luxemburg sendete einen offenen Protestbrief an die Bundesregierung und regionale Entscheidungsträger. Zum Glück war die EUL eine von vielen Stimmen des Protests, so dass wenige Tage später die Grenze für Luxemburger wieder geöffnet wurde.

In einem zweiten offenen Brief setzten wir uns dafür ein, dass Luxemburg von der Liste der Risikogebiete genommen wurde, insbesondere, weil anscheinend den deutschen Behörden ein Rechenfehler unterlaufen war: Die

Infizierten unter den Tausenden von Pendlern aus den Nachbarstaaten wurden der Luxemburger Bevölkerung zugerechnet, so dass der Schwellenwert von 50 Infizierten auf 100.000 Einwohner überschritten wurde. In der Tat wurde Luxemburg bald wieder von der Risikoliste genommen – das sich abschwächende Infektionsgeschehen war zu dem damaligen Zeitpunkt sicherlich hilfreich.

Unterstützung des Europaparlaments: Schließlich wandten wir uns in einem offenen Brief an die Kommission und den Europäischen Rat, in dem wir das Europäische Parlament in seiner kritischen Kommentierung des EU-Gipfel-Beschlusses unterstützten. Vor allem befürworteten wir die Forderung nach einem robusten Rechtsstaatsmechanismus, der an die Mittelverwendung gekoppelt ist, sowie nach einem stärkeren Fokus auf Innovation bei der Mittelverwendung und einer hinreichenden Ausstattung der EU mit Eigenmitteln. Diese Forderungen sind noch nicht erfüllt, aber wir lassen nicht nach – mit unserer kompletten Parlamentariergruppe als ständiger Verbindung in vier Fraktionen des Europaparlaments.

Verantwortlich: Martin Hillebrand

Brüssel

Fluch oder Segen?

Deutschlands EU-Botschafter Michael Clauß gehört zu den besonnenen Akteuren in Brüssel. Doch auch der erfahrene Diplomat muss tief schnaufen und schlechten Schlaf einräumen, wenn er um einen Ausblick auf die deutsche EU-Ratspräsidentschaft gebeten wird: „Fluch oder Segen? Das weiß ich noch nicht, auf jeden Fall eine Riesen-Herausforderung.“

Unter dem Titel „Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft“ diskutierten auf Einladung der Landesvertretung Baden-Württemberg fünf politische Schwergewichte diese Herausforderung, die im Juli begann und im Dezember des Jahres endet. Moderatorin Anne Gellinek (ZDF) begrüßte neben Botschafter Clauß noch den stellvertretenden EVP-Fraktionsvorsitzenden im EP, Siegfried Muresan, und den Vorsitzenden der Europa-Union Brüssel, Frank Hoffmeister. Stuttgarts Europaminister Guido Wolf wurde aus der Landeshauptstadt zugeschaltet, die europapolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion, Franziska Brantner, aus Berlin. Und darum ging es: Folgen der Coronakrise, Wiederaufbaufonds und EU-Haushalt, Brexit, Rechtsstaatlichkeit, aber auch Zukunftskonferenz, Green Deal, Migration, Digitalisierung und EU-Eigenmittel. Die Diskussion war vor allem interessant, faktenorientiert, aber auch (so wie es das Thema verlangt) in die Zukunft gewandt. Eine Frage konnte jedoch noch keiner der Diskutanten beantworten: Wieviel Geld nimmt die EU am Ende in die Hand, um die großen und kleineren Herausforderungen zu bewältigen? Was kommt als Zuschuss, was bleibt Kredit? Da braucht es Einstimmigkeit unter den 27 EU-Partnern.

Dennoch scheute keiner der Akteure ein klares Wort. EUD-Repräsentant

Frank Hoffmeister kommentierte kernig die stockenden Brexit-Verhandlungen: „Boris Johnson muss jetzt das ausbaden, was er seiner Bevölkerung versprochen hat.“ Ansonsten setzt Hoffmeister große Hoffnungen auf die Zukunftskonferenz: „Wir müssen die Effizienz der gesamten EU auf den Prüfstand stellen. Der jetzige Moment ist der richtige, um das Instrumentarium zu erweitern. Wir sollten die EU mit neuen Eigenmitteln ausstatten wie z. B. der Digitalsteuer, um handlungsfähig und solidarisch zu bleiben.“ Franziska Brantner, früher selbst im Europäischen Parlament, mahnte die Investitionen in große Projekte an: „Jetzt ist die Zeit für transeuropäische Projekte: 5G, Schienennetzausbau, Wasserstoff. Darum geht es.“ Der rumänische EVP-Abgeordnete Siegfried Muresan freut sich auf das „multiple Krisenmanagement“ der Deutschen und erinnerte an gerechte Milliardenverteilung bei Landwirtschaft und Kohäsion. Die Mitsprache des EU-Parlaments bei Rückzahlungsfragen des Wiederaufbaufonds mahnte Muresan ebenfalls an. Einig waren sich die Diskutanten, dass die EU-Ausgaben strengerer Auflagen als bisher unterliegen sollen. Von Hoffmeister auf Defizite bei der Mittelvergabe an regierungsnahen Firmen angesprochen, versicherte Botschafter Clauß, dass es ein wichtiges Berliner Ziel sei, die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit als Vergabekriterium im Mehrjährigen Finanzrahmen zu verankern.

Baden-Württembergs Minister Wolf gab eine konkrete Prognose ab: „Die deutsche Ratspräsidentschaft ist eine große Chance.“



Ratspräsidentschafts-Glocke für Deutschland: EU-Botschafter Michael Clauß mit seiner kroatischen Kollegin Irena Andriasy bei der Übergabezeremonie
Foto: European Union



EuropaUnion
Deutschland

Impressum

4/2020

**EUROPA AKTIV –
Aktuelles aus Politik und Verbandsleben**

Herausgeber:

Europa-Union Deutschland e.V.
Sophienstraße 28/29, 10178 Berlin
Tel.: (030) 303 62 01 30, Fax: (030) 303 62 01 39
E-Mail: info@europa-union.de
Internet: www.europa-union.de

Redaktion:

Kathrin Finke (v.i.S.d.P.)
Birgit Kößling

Redaktionsanschrift:

Sophienstraße 28/29, 10178 Berlin
Tel.: (030) 303 62 01 30
E-Mail: redaktion@europa-aktiv.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 16.11.2020
Annahmetermin für Ausgabe 5/2020: 27.11.2020
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Verbandes sowie seiner Untergliederungen wieder. Für die inhaltliche und sprachliche Gestaltung der Berichte der Landesverbände sind unmittelbar diese selbst verantwortlich. Alle abgedruckten Texte und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Bei Adressänderungen wenden Sie sich bitte an den für Sie zuständigen Landesverband oder direkt an das Generalsekretariat der Europa-Union!

Gesamtherstellung:

SEOTrade Andreas Schreiber
Auf der Ley 5, 53773 Hennef
Mobil: (01 75) 5 28 93 77
E-Mail: info@seotrade.de
Internet: www.seotrade.de

Druck:

GÖRRES-DRUCKEREI UND VERLAG GMBH,
Koblenz/Neuwied
Internet: <http://www.goerres-druckerei.de>

Am Ende der Verhandlungen wird aber auch ein höherer deutscher Haushaltsbeitrag stehen.“ Botschafter Clauß kündigte für September schon wieder physische Treffen im Ratsgebäude an, die er auch als notwendig erachtet, um die großen Brocken aus dem Weg zu räumen. Zum entschlossenen Handeln rief Bodo Lehmann, Leiter der Landesvertretung, in seinem Schlusswort auf.

Verantwortlich: Angela Schweizer

Schutzsuchende solidarisch verteilen

Präsidium fasst Beschluss zur Migrationspolitik

In der Präsidiumssitzung Ende September war die EU-Asylpolitik eines der Hauptthemen. „Für eine Politische Union solidarischer EU-Mitglieder!“ streitet der im Ergebnis gefasste Beschluss und fordert: „Der Europäische Bundesstaat, den wir mittelfristig wollen, muss auf den Werten gründen, die in Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union zum Ausdruck gebracht werden und die sich in der Europäischen Charta der Grundrechte spiegeln.“

Dagegen spiegelte der Vorschlag der EU-Kommission für ein gemeinsames Asylsystem erneut die Zerrissenheit der EU. Besonders problematisch seien das in den Reformvorschlägen nicht vorgesehene Abrücken der Zuständigkeitsregeln im Sinne des Dublin-Systems und das Fehlen eines solidarischen Verteilmechanismus für Schutzsuchende. „Flexible Solidarität“ sei als das Unwort des Jahres einzustufen, denn „Zusammenhalt kann nicht flexibel, muss vielmehr belastbar sein.“

In der Konsequenz appelliert die EUD an diejenigen EU-Staaten, die einen solidarischen Verteilmechanismus von anerkannten Schutzsuchenden unterstützen, diesen im Wege verstärkter Zusammenarbeit umzusetzen, und



Hand in Hand: Der Präsidiumsbeschluss zur Migrationspolitik fordert ein solidarisches Vorgehen.

Foto: Capri23auto auf Pixabay

regt an, dass diese den „Kern einer künftigen Politischen Union bilden“ sollen. „Auf diese Weise kann die aktuelle, tiefgreifende europäische Schwächephase überwunden werden, ein neues Gravitationsfeld der Integration entstehen, das enorme Ausstrahlung auch auf diejenigen EU-Staaten haben wird, die zunächst abseits stehen.“

Bereits im Interesse der Bürgerinnen und Bürger in den nicht teilnehmenden Mitgliedstaaten müsse diese Union zur Teilnahme stets offen sein und diese auch aktiv beworben werden: „Langfristiges Ziel muss eine Politische Union aller Mitgliedstaaten sein.“ ■

Härtetest

Bundesausschuss digital

Herbstzeit ist Bundesausschuss-Zeit: Das übliche große Treffen der Europa-Aktiven konnte pandemiebedingt diesmal nicht „live“ stattfinden. Die erste gemeinsame Gremientagung von EUD und JEF im Online-Format mit über einhundert Teilnehmerinnen und Teilnehmern war eine Premiere. Vor allem aber war es ein Experiment, das regelrecht zum Härtetest ausartete. Denn was nützt die akribischste wochenlange Vorbereitung, wenn am Ende „höhere Gewalt“ ins Spiel kommt!

Mit allem hatten wir gerechnet, aber nicht mit einem Ausfall unseres Providers. Monatelang nutzten wir das System für

unzählige Videokonferenzen, zuletzt ohne Probleme im Vorfeld des Bundesausschusses bei mehreren virtuellen Workshops und Seminaren. Und dann die Katastrophe! Wartungsarbeiten auf dem Server! Was nun?

Den Bundesausschuss „platzen“ lassen kam nicht in Frage, also hieß es: tief durchatmen, Nerven behalten und sich in Geduld üben! Allen Beteiligten wurde viel abverlangt. Und für alle gilt: Stress-test bestanden! Das kleine Team der Bundesgeschäftsstelle hat es geschafft, „in Echtzeit“ eine, wenn auch nicht perfekte, technische Ersatzlösung anzubieten. Katharina Wolf und Daniel Schäfer, die beiden Bundesausschussvorsitzenden von EUD und JEF, haben die Ruhe bewahrt und trotz schwierigster Bedingungen souverän durch die Sitzung geführt. Die Mehrzahl

der Delegierten und BA-Mitglieder zeigte sich tolerant, anpassungsfähig und bewies Durchhaltevermögen.

Allen Widrigkeiten zum Trotz ist das Ergebnis vorzeigbar: Immerhin drei Beschlüsse wurden gefasst, davon ein gemeinsamer mit der JEF, und mit der Wahl von Thomas Kopsch als stellvertretendem Vorsitzenden ist die Spitze des EUD-Bundesausschusses nun endlich komplett. Nicht zu vergessen: Die außergewöhnlichen Tagungsumstände haben uns zwar zu schaffen gemacht, aber unschätzbare Erfahrungswerte beschert, die helfen, uns noch besser zu wappnen für die Herausforderungen der kommenden Zeit.

Lesen Sie mehr zu den Ergebnissen des Bundesausschusses in der kommenden Ausgabe von Europa aktiv. ■